

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1923

24.4.1923 (No. 94)

Badischer Beobachter

Bezugspreis monatlich:
 In Karlsruhe durch Träger Nr. 4000; (b. d. Abholstellen, in Karlsruhe Nr. 3800) auswärts (Deutschland) durch die Post Nr. 4000. — Ausland durch Post oder Kreuzband. Der Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe beträgt M. 150.—

Verleger: Geschäftsstelle 535.
 Verlegerin und Herausgeberin: **Mt.-Gsl. „Badenia“** (Wilhelm Jöhner, Direktor), Notationsbüro der „Badenia“ Mt.-Gsl. Karlsruhe, Adlerstraße 42.
 Druckadresse: Beobachter, Postfach-Konto Amt Karlsruhe 4844.

Anzeigenpreis:
 1 halbe, 1 mm hoch, 85.— M.; im Monat 250.— M.; Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Satz-Abat, der bei gewöhnlicher Verbreitung und bei Kontur wegfällt.

Verantwortlicher Redakteur: 572.
 Hauptredakteur: **H. Th. Meyer**, verantwortlich für badische, Reichs- und auswärtige Politik; **H. Th. Meyer**; für das Feuilleton: **H. Th. Meyer**; für den Nachrichten dienst, Handelsteil und den übrigen redaktionellen Teil: **S. A. Egon Eckert**; für die Anzeigen: **S. Burger**, sämtliche in Karlsruhe.

Vom Tage.

Die frühere Großherzogin Luise von Baden ist gestern abend im Alter von 83 Jahren 4 Monaten in Baden-Baden gestorben.

Der Reichsbaukommissar wurde von 12 auf 18 Prozent, die Lombardsätze von 13 auf 19 Prozent erhöht.

Die deutsche Regierung demotiviert die Behauptung Poincares in seiner letzten Rede von einer alliierten Note gegen den militärischen Charakter der Schutzpolizei.

Die Rheinlandkommission hat eine neue Zwangsverordnung gegen den Kraftwagenverkehr erlassen.

Der Prozeß gegen die Kruppdirektoren beginnt am 2. Mai.

In Nürnberg ereignete sich ein blutiger Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalisten. Bei Köln sind wieder zwei Jüde zusammengefahren, wobei es mehrere Tote gegeben haben soll. Western hielten verschiedene Reichstagsfraktionen Sitzungen ab.

Briand sprach in Nantes über die Reparationen und für die Einheitsfront der Franzosen unter der Flagge der Aufrüstung.

Die Lusitaner Orient-Konferenz wurde gestern wieder aufgenommen.

In Paris verlor man den Beginn der Kaufmann Orient-Konferenz mit Scheitern der Gleichgültigkeit.

Kardinal Faulhaber ist in Newyork eingetroffen. Die Kammerwahlen im bulgarischen Land ergaben einen starken Sieg der Regierungsparteien.

legung selbst von dem englischen Außenminister als unter den jetzigen Umständen untunlich bezeichnet worden ist. Deutschland soll weiter offiziell seinem Wünsche Ausdruck geben, daß von einem eigenen internationalen Autoritäten-Kollegium die deutsche Leistungsfähigkeit und die ihm auszubührende Summe geprüft und festgestellt wird. Und Deutschland soll endlich die Bürgschaften für die Abtragung der Zahlungen und die Erfüllung der Leistungen benennen. Insofern kann man mit dem englischen Vorschlag durchaus einig gehen. Was Deutschland aber nicht annehmen könnte und was es auch jetzt unbedingt aussprechen muß, das wäre eine irgend wie geartete Beeinträchtigung seiner Souveränität. Hier kann und darf es kein Kompromiß geben. Der englische Außenminister hat diese Frage gar nicht angeschnitten, aber gerade darum ist es erforderlich, daß wir untereits die nötigen Vorbereitungen mit aller Entschiedenheit sofort deutlich begeben.

Das neue badische Grund- und Gewerbebesteuergesetz.

Von Dr. Schmitt-Karlsruhe, M. d. L. (Nachdruck erwünscht.)

III.
 Die Verhältniszahlen.

Die wichtigste Frage ist die, in welchem Verhältnis, und mit welchem Unterschied in der Steuerfuß die 6 Vermögensgruppen beizugegen werden sollen. Als Ausgangspunkt ist das gewerbliche Betriebsvermögen zu nehmen; es wird mit dem einfachen Steuerfuß belegt. Welches ist nun das Verhältnis des gewerblichen Betriebsvermögens zum landwirtschaftlichen?

Der Berichterstatter hat ausgeführt und der Ausschuß ist ihm hierin zunächst gefolgt, daß das landwirtschaftliche Betriebsvermögen schwächer herangezogen werden müsse als das gewerbliche, weil das landwirtschaftliche Betriebsvermögen nicht so intensiv und nicht soviel erzeuge, wie das gewerbliche. — In der Spinnerei laufe die Spindel jahraus jahrein, ja sogar Tag und Nacht; der Pflug des Bauern arbeite und erzeuge aber nur zu bestimmter Zeit. In der 1. Lesung beschloß der Ausschuß daher, das landwirtschaftliche Betriebsvermögen nur 0,75-fach heranzuziehen. Damals war aber die hohe Freigrenze von 200 000 Mark noch nicht da und noch weniger wurde damals eine Degression (Ermäßigung des Steuerwertes bei kleinen und mittleren Betriebsvermögen) bewilligt. So berechtigt aber auch eine Unterscheidung zwischen landwirtschaftlichem und gewerblichem Betriebsvermögen ist; diese Unterscheidung mußte schließlich aus steuerrechtlichen Gründen unterbleiben, denn die Regierung erklärte mit aller Bestimmtheit und wiederholt, daß die Finanzämter so mit Arbeit für die Reichsteuern überlastet seien, daß sie während der Dauer des neuen Gesetzes die unterschiedliche Behandlung der beiden Betriebsvermögen nicht durchführen könnten. Da blieb keine andere Möglichkeit, als vorerst einmal das gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebsvermögen gleichmäßig und mit demselben Steuerfuß heranzuziehen. Man half aber auf andere Weise, nämlich einmal durch Erhöhung der bisherigen Freigrenze von 5000 Mark zunächst auf 150 000 Mark und schließlich auf 200 000 Mark und durch die Degression. Nämlich wenn die landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebsvermögen 200 000 Mark nicht übersteigen, so sind sie jetzt ganz steuerfrei und wenn sie höchstens 1/2 Million betragen, so werden sie ermäßigt um 50 Prozent, und wenn sie höchstens 1 Million betragen, so werden sie ermäßigt um 40 Prozent, und wenn sie höchstens 2 Millionen betragen, so werden sie ermäßigt um 30 Prozent, und wenn sie höchstens 3 Millionen betragen, so werden sie ermäßigt um 20 Prozent, und wenn sie höchstens 4 Millionen betragen, so werden sie ermäßigt um 10 Prozent.

Es kommt aber noch in Betracht, daß das Land Baden die Betriebssteuerwerte — nicht wie das Reich 4-fach, sondern — nur einfach nimmt; daher erhält jede Grenzzahl — 200 000 — 400 000 — 800 000 — eine vierfache Milderung gegenüber dem Reich.

Wie haben sich nun die einzelnen Parteien zu dieser Schonung der kleinen und mittleren Betriebe und zu der härteren Belastung der großen verhalten? Der Sprecher der Deutschen Volkspartei, der Landwirt und Abg. Dr. Matthes war noch im Klemm des Landtages gegen die stärkere Heranziehung der Großbetriebe; er wollte, daß alle Betriebe von 25 Millionen Mark Steuerwert aufwärts nur einfach und nicht progressiv herangezogen werden. Es geht aber doch gewiß nicht an, den Inhaber von 8 Millionen Steuerwert mit dem gleichen Hundstas heranzuziehen, wie den Besitzer von 300 Millionen Betriebssteuerwert.

Ganz besonders aber setzte sich Dr. Matthes für die unterschiedliche Behandlung zwischen landwirtschaftlichem und gewerblichem Betriebsvermögen ein; er wollte das landwirtschaftliche Betriebsvermögen nur 0,75-fach herangezogen wissen und berief sich dabei auf den Ausschlußbeschluss 1. Lesung (0,6-fach) und auf den Berichterstatter, welchem er einen Widerspruch unterstellte. Dieser Widerspruch liegt aber nicht vor. Denn wenn der Berichterstatter auch die Differenzierung zwischen landwirtschaftlichem und gewerblichem Betriebsvermögen für gerechtfertigt erachtete und heute noch erachtet, so war dies doch aus steuerrechtlichen Gründen nicht möglich, wie oben ausgeführt. Außerdem bringt die Erhöhung der Freigrenze und die starke Degression und die starke Progression — welche Dr. Matthes ablehnte — doch auch dem Landwirt bis zu einem gewissen Grade den Ausgleich.

Mit allen seinen Anschauungen kann man eben nicht immer durchdringen. Das Zentrum wollte auch den Gutshäuser stärker heranziehen, weil dieser kein Grundvermögen veräußert und weil dieser kein Betriebsvermögen leichter in Geld umsetzen kann als der Bodenbesitzer. Der entsprechende Antrag war gestellt, konnte aber nicht durchgeführt werden, aus steuerrechtlichen Gründen. Politik ist die Kunst des Möglichen; was eben wegen Verletzung der Finanzämter nicht möglich ist, das kann man eben nicht durchführen.

Da war der Landwirt in diesem Punkte schließlich schlauer als Dr. Matthes. Der Landwirt wollte zwar auch ursprünglich einen Unterschied zwischen landwirtschaftlichem und Gewerbe haben, allerdings einen recht großen: Er wollte die Differenzierung nicht — wie die Volkspartei — in den Steuerfuß, sondern in die Degression verlegen und wollte demgemäß die Ermäßigung von 50 bis 10 Prozent dem Gewerbetreibenden nur bis zu 2 Millionen Mark Steuerwert, dem Landwirt aber bis zu 10 Millionen Mark — also fünfmal weiter — gewähren. Einfach ist aber der Unterschied zwischen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktion nicht! Als man den Landwirt hierauf aufmerksam machte, als man ihm die Wirkung der nur einfachen Veranlagung des Betriebsvermögens und die Tragweite der Freigrenze von 200 000 Mark und der Ermäßigung auf 4 Millionen Steuerwert vor Augen führte, da zog der Landwirt seinen Antrag vom 12. April 1922, Ziff. 2 zu § 50 des Grund- und Gewerbebesteuergesetzes zurück und unterzeichnete den Kompromißantrag, welchen das Zentrum die Sozialdemokratie und die Demokratie nach langen Kämpfen fertig gebracht hatten, nämlich den heutigen § 50 des Gesetzes, nach welchem die Freigrenze 200 000 Mark beträgt, und nach welchem die Degression von 200 000 bis 4 000 000 und von 50 Prozent bis zu 10 Prozent reicht und nach welchem die Progression bei 8 Millionen beginnt.

Genau ein seltener Fall, daß ein so wichtiger, der Landwirtschaft betreffender Antrag die Unterschriften Schofer — Marum — Glöckner — Pläibner trägt.

ungeführt, daß sie selbst in London einigermaßen peinlich über sich selbst erwähnt, wodurch die Reichsregierung aufgefordert würde, der Schutzpolizei ihren militärischen Charakter zu nehmen, so ist dazu zu sagen, daß eine solche Note in Berlin bisher nicht eingelaufen ist. Da die Degression unserer Schutzpolizei im Einverständnis mit General Kollert erfolgt ist, sieht man auch nicht recht, wie hier die Möglichkeit zum Eingreifen gegeben sein könnte.

Halbamtliche deutsche Erklärung zur Rede Poincares.

Berlin, 24. April. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die neue Rede des französischen Ministerpräsidenten unterscheidet sich von seinen letzten Ausführungen so wenig, daß sie keinen Anlaß zu längerer Erörterung gibt. Sie enthält dieselbe Säufung von Anklagen, Verleumdungen und tatsächlichen Unrichtigkeiten, mit denen er bei ähnlichen Gelegenheiten stets zu operieren pflegte. Große Teile der Rede sind darauf berechnet, seine Zuhörer erneut in Kriegspsychose zu versetzen und aus ihr heraus Zustimmung zu seiner Politik zu erlangen, die Frankreich in immer tieferer Schwere hineinführt. Herr Poincares Rechtsausführungen über den Einmarsch ins Ruhrgebiet sind heute genau so unhaltbar, wie am ersten Tag der Aktion. Sie werden täglich aufs neue durch die Tatsachen und Konsequenzen widerlegt, die Frankreich von dem ersten Unrecht zu immer neuem Unrecht führen. Was der französische Ministerpräsident über das für Paris bereitgestellte deutsche Angebot sagt, ist durch die inzwischen veröffentlichten Dokumente bis ins einzelne widerlegt. Herr Poincares bemüht sich vergebens, die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß er es war, der die Mitteilung des deutschen Plans an die Pariser Konferenz der Ministerpräsidenten verhindert hat. Was seine Angaben über die Schutzpolizei anbelangt, so beschränken wir uns fürs erste auf die Feststellung, daß die angeführte Mitteilung der Alliierten, die eine Auflösung der militärischen Cadres der Schutzpolizei verlangen sollte, bisher in Berlin nicht eingegangen ist.

England und Belgien.

London, 23. April. Sämtliche Berichterstatter der englischen Blätter in Berlin beschäftigen sich eingehend mit dem Eindruck der Lord Curzon's Rede auf Reichsregierung und Reichsparteien. Sie stellen übereinstimmend fest, daß durch die Rede die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Entente erleichtert werden dürften. In der englischen öffentlichen Meinung wird die Reparationsfrage augenblicklich völlig durch die englisch-belgische Freundschaftswoche verdrängt, die gestern mit der Entfaltung eines Denkmals der im Kriege in Belgien gefallenen englischen Matrosen begonnen hat. Sie wird Ende der Woche in Brüssel in den zwischen London und Brüssel vorher vereinbarten Banketten der Königin Victoria und me Prinz von Wales ihren Höhepunkt finden, die keineswegs politisch bedeutungslos sein wird. Obwohl die Leitartikel der großen englischen Blätter heute morgen sich über Poincares Rede ausäußern, geht aus der Aufnahme und der Kommentierung der Pariser Bericht in London hervor, daß man den unverdäulichen Ton in der Rede Poincares gar nicht ungenießt, weil man dadurch die Beschleunigung der belgisch-englischen Annäherung erwartet.

Eine Rede Loucheurs.

Paris, 23. April. Dem Temps zufolge, hat der frühere Minister Loucheur auf einem Bankett sich zu der Wirtschaftslage in Europa geäußert: England habe durch die Wiederherstellung seiner Friedensvaluta eine große Last auf sich gebracht. Aber gleichzeitig hat es einen großen Fehler begangen, denn die Lebensmittelpreise sind sehr gestiegen. Auch mußte es eine schwere Arbeitslosenkrise durchmachen. Im Jahre 1919 hatte sich England geeinigt, gemeinsam mit Frankreich an der wirtschaftlichen Wiederherstellung der Welt zu arbeiten. Deutschland seinerseits habe darauf hingearbeitet, durch Geldentwertung seine Zahlungsfähigkeit herabzusetzen. Durch diese Politik habe sich Deutschland zugrunde gerichtet und demnach werde es seinen Bankrott offen eingestehen müssen. Der Mittelstand habe ganz besonders darunter zu leiden. Frankreich habe sich zwischen beiden Klippen gehalten. Seit drei Jahren sei kein Papiergeldumlauf derselbe geblieben. Die Wirtschaftslage in Frankreich habe sich durch die Bekämpfung des Ruhrgebiets infolge des Anzuges des Wechselskurses geändert. Loucheur fügte hinzu: Ich bin gewiß, daß der Wechselkurs in sehr kurzer Zeit, sobald die augenblickliche Situation durch unseren Sieg ein anderes Gesicht bekommt, seinen früheren Stand wie vor der Ruhrbesetzung wieder einnehmen wird.

Die Wirtschaftsnote in Elsaß-Lothringen.

Kehl, 20. April. Von einer Seite, die in Straßburg wohnt und die weitgehendsten Beziehungen zu Gewerbe und Industrie in Elsaß-Lothringen hat, er-

Soll Deutschland ein Angebot machen?

Von einem unserer parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Unzweifelhaft stehen wir gegenwärtig vor einer wichtigen neuen Lage: Der englische Reichsaussenminister wünscht, daß Deutschland ein klares und genaues Anerbieten seiner Zahlungsbereitschaft und der Bürgschaften für die zu übernehmenden Verpflichtungen macht. Er hat im englischen Oberhaus öffentlich ausgesprochen, daß die englische Regierung schon mehrmals der deutschen Regierung einen derartigen Rat erteilt habe. Der Reichsaussenminister Rosenbergs hat bekanntlich auf eine diesbezügliche Anfrage, die von dem sozialdemokratischen Sprecher Breitscheid im Reichstag an ihn gerichtet wurde, keine Antwort gegeben.

Wir sind der Meinung, daß die Reichsregierung, ohne sich etwas dabei verbeugen zu müssen, den englischen Rat befolgen könnte. Im Grunde handelt es sich doch nur um eine Formfrage: Die Erklärungen des Reichsaussenministers im Reichstag waren ein weitgehendes Verständigungs- und Verhandlungsangebot. Es berührt nichts dabei, daß man sich über die feste Schuldziffer nicht einig ist und nach den heutigen Verhältnissen auch nicht einig sein kann. Aber es würde eine ganz andere diplomatische Situation für Deutschland und eine ganz neue internationale Lage gegeben sein, wenn die deutsche Reichsregierung offiziell, sei es in einer Note an die Entente, sei es in einer an die ganze Welt gerichteten Aktion, ihren Zahlungs- und Leistungswillen bekunden würde. Man muß nun einmal auf die psychologische Einstellung Rücksicht nehmen, die auch heute noch in einem großen Teil des Auslandes und gegenüber herrscht und die von der irigen Annahme ausgeht, Deutschland wolle überhaupt nichts mehr bezahlen und nur die jetzige Gelegenheit benutzen, um den Versailles Vertrag auszuheulen. Davon kann gar keine Rede sein, um so mehr als die Zeit der Revision des Versailler Vertrages noch nicht gekommen ist, da die übergroße Mehrheit der Völker heute noch nicht geneigt ist, einen derartigen Wunsch Deutschlands zu unterstützen. Man muß auch bedenken, daß trotz aller sachlicher Meinungsverschiedenheiten die Entente als solche absolut weiter besteht, und selbst der englische Außenminister hat ausgesprochen, daß diese Entente nicht gebrochen werden dürfe.

Wie die Dinge heute liegen, lehnt England auch weiterhin eine Intervention, also eine Einmischung, zwischen die beiden streitenden Teile, ab. Dagegen bedeuten die Ausführungen des englischen Außenministers im Oberhaus ein ganz klares Vermittlungsangebot für den Fall eines vorangegangenen deutschen Anerbietens.

Wir von unserm deutschen Standpunkt aus finden es sicherlich sehr verwunderlich, daß die Gegenseite trotz der wiederholten deutschen Erklärungen jetzt ein neues formelles Anerbieten wünscht. Aber auch hier muß man auf die psychologische Einstellung des Auslandes Rücksicht nehmen, und dieses will nun einmal alles und jedes, was von Deutschland kommt, schwarz auf weiß besitzen.

Im großen und ganzen trifft die Forderung des englischen Außenministers bezüglich des deutschen Anerbietens mit den Grundgedanken dessen vollkommen, was auch der deutsche Reichsaussenminister vor aller Welt erklärt hat: Deutschland soll offiziell in einem Schritt vor der Welt seine Zahlungsbereitschaft erklären, wobei ausdrücklich eine zahlenmäßige Fest-

Die deutsche Reichsregierung zu Curzons Rede.

Berlin, 24. April. Der offizielle Wortlaut der Rede des englischen Außenministers Lord Curzon ist erst Montag vormittag in Berlin eingetroffen und unterliegt zurzeit der Nachprüfung durch die amtlichen Stellen. Die Reichsregierung hat ja bereits halbamtlich mitgeteilt, daß diese Rede Lord Curzons eine wichtige politische Tatsache sei, wodurch die bisherige Situation nicht unwesentlich beeinflusst werden könnte. Es ist aber anzunehmen, daß die Wirkungen nicht bereits von heute an morgen in die Erscheinung treten, weil jeder Schritt selbstverständlich erst vorsichtig auf seine Folgen nach allen Seiten hin geprüft werden muß, da Deutschland den Zusammenhang zwischen dem Reparationsproblem im engeren Sinne und der Sicherung unserer Grenzen nicht vernachlässigen darf. Die Rede, die Poincare am Sonntag gehalten hat, und die als eine Antwort auf die Erklärung des deutschen Außenministers gedacht war, wird dabei die Absichten der Reichsregierung nicht beeinflussen. Diese Rede ist in ihren Motiven zu durchsichtig, als daß sie ihren Zweck erreichen könnte und ihre Tendenz so

Die deutsche Reichsregierung zu Curzons Rede.

Berlin, 24. April. Der offizielle Wortlaut der Rede des englischen Außenministers Lord Curzon ist erst Montag vormittag in Berlin eingetroffen und unterliegt zurzeit der Nachprüfung durch die amtlichen Stellen. Die Reichsregierung hat ja bereits halbamtlich mitgeteilt, daß diese Rede Lord Curzons eine wichtige politische Tatsache sei, wodurch die bisherige Situation nicht unwesentlich beeinflusst werden könnte. Es ist aber anzunehmen, daß die Wirkungen nicht bereits von heute an morgen in die Erscheinung treten, weil jeder Schritt selbstverständlich erst vorsichtig auf seine Folgen nach allen Seiten hin geprüft werden muß, da Deutschland den Zusammenhang zwischen dem Reparationsproblem im engeren Sinne und der Sicherung unserer Grenzen nicht vernachlässigen darf. Die Rede, die Poincare am Sonntag gehalten hat, und die als eine Antwort auf die Erklärung des deutschen Außenministers gedacht war, wird dabei die Absichten der Reichsregierung nicht beeinflussen. Diese Rede ist in ihren Motiven zu durchsichtig, als daß sie ihren Zweck erreichen könnte und ihre Tendenz so

erem Verlage:
Mutter
 fiken
 Gröhl
 Nr. 060
 Grundpreis zu
 dem Ort. L. 3.
 Markt Breslau
 bei den allabend-
 lich wieder be-
 ein belebendes
 der Poelle führt
 den Alltag mit
 die vollstän-
 Mitarbeiter
 Pöschel
 der
 Monats Mai
 zu den kurzen
 An dem
 des Gebet an. De-
 das Buchlein be-
 empföhlen.
 Nr. Angenann
 1000 M., Bist
 10 000 M.,
 5 M.
 Nr. Fico. Elzer
 Nr. Hof. Sauer
 Josef, Magdalen
 2 Mann. Ausgeb
 300 M., Ang
 schen für 2 Tof
 Leopold und Hen
 emens) 3000 M.
 Nr. 4. Rädler
 denkslose Fort f
 u. Toni) 2000 M.
 Rorheim 100 00
 00 M., desalica
 (im) 750 M. Auf
 heim 8000 M.
 53 534,65 M.
 400 M., Ang
 riatrat Dr. Baum
 Nr. Konjul Reu
 40 M., Direkto
 Nr.
 Nr. W. F. 1004
 der Mutter Gote
 10 M., Zusammen

Dollar 23. April 29 500.—

Table with exchange rates for various cities including Frankfurt, Berlin, and London. Columns include 'ohne Gewähr!', 'Frankfurt', and 'Berlin' with corresponding rates.

Amliche Berliner Devisenkurse, 23. 4. 23.

Table of official Berlin exchange rates for various locations like Amsterdam, Brüssel, London, and Paris.

Berlin, 23. April. (Börsestimungsbild.) Die Erhöhung des Diskontsatzes der Reichsbank von 12 auf 18 Prozent...

Die neue Devisen-Verordnung ist insofern in den Besprechungen der Reichsregierung so weit gefördert worden, daß sie in den nächsten Tagen veröffentlicht werden kann...

Summe des in Deutschland befindlichen Devisenbestandes auf 1 1/2 Milliarden Goldmark in Devisen und Schecks...

Die Gesamteinfuhr Deutschlands kann auf jährlich 8 Milliarden geschätzt werden, wobei aber auch Einschränkungen der Importbedürfnisse...

Die Erhöhung des Diskontsatzes der Reichsbank von 12 auf 18 Prozent kam an der Berliner Börse überraschend...

Stimmen aus dem Publikum.

Man schreibt uns: Die Schönschülerinnen der 1. Klasse der Schiller-Schule erhielten am Schlußjahrestage die Mitteilung...

Uhr, Südbadische, ebenso Dienstag, Mittwoch 8-12 Uhr...

Rechnet man dazu den Weg von jeweils 1/2 Stunden, so ergibt das eine Stundenleistung, die man während nicht zumuten sollte...

Landwirtschaft.

Freiburg, 22. April. Zur Freiburger Weinprämierung, der sich beinahe ein Viertelmarkt...

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 20. April: Marie Penkelmann, alt 28 Jahre, geb. Ehefrau des Bürobeamten Heinrich Penkelmann...

Die deutsche einen diplomatischen...

London steht den deutschen Angehörigen...

Der heftige waltstätige sind besten...

Die 1. Kommission begann Beratung des Friedensvertrages...

Advertisement for Elisabeth Schwendemann, mentioning her death and funeral arrangements.

Advertisement for Frau Maria Eva Knapp wwe., mentioning her death and funeral arrangements.

Advertisement for Stefan Anderer, mentioning his death and funeral arrangements.

Advertisement for Möbel, Kleider, and Trauerhüte, listing various items and prices.

Advertisement for Trauerhüte, mentioning S. Rosenbusch and funeral services.

Large advertisement for Hundesteuer (Dog Tax) with a protest meeting announcement.

Advertisement for Gebisse (Dentures) by Frau K. Pfleger.

Advertisement for Bücher- und Kleiderschränke (Book and Wardrobe Cabinets).

Advertisement for Trauerkarten (Funeral Cards) by Götz-Zwerg.

Advertisement for Mai-Andacht (May Devotion) with a list of songs.

Advertisement for Snadenmutter, schau' her (Mother-in-law, look here) with a list of songs.

Advertisement for Anzüge, Hosen, and Schuhe (Suits, Trousers, and Shoes) by Glotzer.

Advertisement for Liedhalle Karlsruhe (Song Hall Karlsruhe) for a concert.

Advertisement for Frühjahrs-Konzert (Spring Concert) with a list of songs.

Advertisement for Besteck, Taschenmesser, and Messer (Cutlery, Pocket Knives, and Knives).

Advertisement for Badische Lichtspiele - Konzerthaus (Baden Light Shows - Concert Hall).

Advertisement for Herrenkleidung nach Maß (Men's Tailored Clothing).

Advertisement for Elegante Herren-Anzüge (Elegant Men's Suits).

Advertisement for Schulpolitik und Schulkampf (School Politics and School Fight).

Advertisement for Badenia, mentioning various products and services.